

Ulrich Herbert

Fremdarbeiter

**POLITIK UND PRAXIS
DES „AUSLÄNDER-EINSATZES“
IN DER KRIEGSWIRTSCHAFT
DES DRITTEN REICHES**

Die Deutsche Bibliothek - CIP-Einheitsaufnahme

Herbert, Ulrich:

Fremdarbeiter : Politik und Praxis des „Ausländer-Einsatzes“ in der Kriegswirtschaft des Dritten Reiches / Ulrich Herbert. - Neuaufl. - Bonn: Dietz, 1999

Zugl.: Essen, Univ., Diss., 1985 u.d.T.:

Herbert, Ulrich: Der Feind als Kollege

ISBN 3-8012-5028-8

Copyright © 1999 by

Verlag J.H.W. Dietz Nachf. GmbH

In der Raste 2, 53129 Bonn

Lektorat: Christine Buchheit, Dorothee Wahl

Umschlaggestaltung: Karl Debus, Bonn

Druck und Verarbeitung: Kösel, Kempten

Alle Rechte vorbehalten

Printed in Germany 1999

Verlag J.H.W. Dietz Nachf.

Zusammenfassende Überlegungen..... 401

**Zwangsarbeiter in der deutschen Kriegswirtschaft Bemerkungen zur For-
schung seit 1985..... 416**

Verzeichnisse

1. Anmerkungen..... 437

2. Quellen und Literatur..... 535

3. Tabellen..... 571

4. Abkürzungen..... 573

5. Register..... 577

Dank..... 587

Zur Neuauflage 1999..... 588

Der Autor 589

Zusammenfassende Überlegungen

Der millionenfache Arbeitseinsatz von Ausländern im nationalsozialistischen Deutschland während des Zweiten Weltkrieges kann in seiner Bedeutung für das Herrschaftssystem des Dritten Reichs ebensowenig wie in seinen Auswirkungen auf die deutsche Kriegswirtschaft, seinen Folgen für die betroffenen ausländischen Arbeitskräfte oder seinen kurz- wie langfristigen Konsequenzen für die deutsche Bevölkerung begriffen werden, wenn er als strukturelles oder gar statisches „Funktionselement“ des deutschen Faschismus interpretiert wird.

Vielmehr zeigt schon ein Vergleich der zögerlichen und ganz auf vorübergehende, kurzfristige Maßnahmen abgestellten Entscheidungen über den Poleneinsatz im Herbst und Winter 1939 mit der Praxis der riesenhaften, fast ganz Europa umspannenden Arbeitseinsatzorganisation vier Jahre später, daß es sich hierbei um einen durch raschen und tiefgreifenden Wandel gekennzeichneten und von verschiedenartigen Dynamiken bewegten Prozeß handelte. Der Ausländereinsatz von 1940 und derjenige von 1944, obwohl kein halbes Jahrzehnt voneinander getrennt, weisen gravierende Unterschiede auf: nicht nur in Bezug auf die Größenordnung, sondern auf die dahinterstehende politische Zielsetzung und ihre ideologische Rechtfertigung, die ökonomische Effektivität, die Lage der betroffenen ausländischen Arbeitskräfte und die Methoden ihrer Behandlung.

Die Zahl der dabei aufeinander einwirkenden und sich verstärkenden Faktoren ist erheblich: die militärische Entwicklung, die kriegswirtschaftlichen Sachzwänge, die Eigenentwicklung der Installierung von massenhafter Zwangsarbeit mit der ihr innewohnenden Tendenz zur Totalisierung, die Bedeutung der (in anfangs nicht vorstellbare Größenordnungen) wachsenden Zahl der Ausländer in Deutschland, die damit in Zusammenhang stehende, wuchernde Ausweitung der Bürokratien - aber auch ideologische Elemente: die fortwährende Radikalisierung der Regimespitze, die Zunahme von Fanatismus bei den unteren Chargen der Diktatur und auch der Wandel von Skepsis über Begeisterung zu Resignation bei großen Teilen der deutschen Bevölkerung. Sie kennzeichnen einen gesellschaftlichen Zustand andauernder, sprunghafter und tiefgreifender politischer und sozialer Veränderung; eine wilde Hektik, die bei der Betrachtung des Ausländereinsatzes als Grundlage aller einzelnen Untersuchungen berücksichtigt werden muß.

Diese Dynamisierungsprozesse verliefen jedoch auf den verschiedenen politischen und gesellschaftlichen Ebenen nicht mit der gleichen Geschwindigkeit. Politische Intentionen in der Regimespitze und soziale Realität des Ausländereinsatzes in den Lagern und Betrieben entwickelten sich vielmehr seit Kriegsbeginn in unterschiedlichen und oft wechselnden Richtungen und Beschleunigungen auseinander. Die Geschichte des Ausländereinsatzes wurde nicht prädestiniert durch einen langfristigen und langgehegten Plan der nationalsozialistischen Führung zur Organisation der massenhaften Zwangsarbeit von Ausländern und dessen dann schrittweise erfolgte Realisierung. Entscheidend war hier vielmehr ein komplizierter Interaktionsprozeß zwischen den daran auf verschiedenen Ebenen Beteiligten in der Regi-

meführung, der verschiedenen „Fraktionen“ in den Administrationen, der Verantwortlichen in den Betrieben sowie den unteren Funktionsträgern in den Lagern und an den Arbeitsstellen - ein Prozeß, der zudem von unterschiedlichen und sich wandelnden Interessen und zum Teil sehr gegenläufigen Trends gekennzeichnet ist.

Schließlich kommt drittens eine eher methodische Überlegung hinzu, um die Voraussetzungen für ein Resümee dieser Untersuchung zu benennen: In der vorliegenden Literatur konkurrieren - etwas vergrößert - zwei Interpretationsansätze des „Fremdarbeitereinsatzes“ miteinander, die für die jeweiligen Wahrnehmungsweisen und Fragehaltungen aussagekräftig sind. Die Beschäftigung von Ausländern im Dritten Reich wird zum einen in der Tradition und Kontinuität der „normalen“ europäischen Arbeitermigrationen beschrieben und als vorwiegend sozialtechnisches Problem behandelt, während „Ausschreitungen“ als aus der Natur des Krieges entstandene Sonderfälle begriffen werden - dem entspricht auch die Struktur der Erinnerungen in der deutschen Bevölkerung an den Ausländereinsatz. Dagegen wird zum anderen die Praxis des „Sklavenarbeitsprogramms“ beschrieben als unablässige Folge von Demütigung, Mißhandlung und Verbrechen.

Die Wahrheit liegt nicht in der Mitte. Die Schwierigkeit besteht vielmehr darin, diese beiden Wahrnehmungsformen so aufeinander zu beziehen, daß die Widersprüchlichkeit der nationalsozialistischen Ausländerpolitik wie des Lebens der ausländischen Arbeitskräfte in einer jahrelangen Ausnahmesituation in den Blick kommt, ohne daß die Differenzierung alle Konturen verwischt.

Bei näherer Betrachtung entsteht nämlich ein Bild vom Arbeitseinsatz der Fremdarbeiter im Nazideutschland, bei dem zum einen heute kaum nachvollziehbare, unmenschliche und widerwärtige Brutalitäten den Eindruck einer fremden Zeit in einem fremden Land entstehen lassen, viel länger her als die 40 Jahre, die uns heute davon trennen. Auf der anderen Seite wirken die Praxis des Arbeitsalltags in den Fabriken, die Formen des Umgangs miteinander, auch die tägliche Routine in manchem verblüffend nahe und vertraut und scheinen sich oft nur wenig zu unterscheiden von auch heute feststellbaren Arbeits- und Lebensweisen ausländischer Arbeiter in Deutschland. Erst wenn die soziale Wirklichkeit im Nazideutschland aus ihrer Entrückung in eine weitentfernte, unwirklich scheinende Vergangenheit befreit wird und eine in vielem sehr nahe und vertraut wirkende und der Lebenswelt des Betrachters in manchem ähnliche historische Gesellschaft zum Vorschein kommt, gelingt es aber, die Repression, den Terror, die Verbrechen gegenüber den Ausländern zu dimensionieren. Es kann so eine Vorstellung davon entstehen, was die Realisierung einer nach rassistischen Prinzipien aufgebauten sozialen Ordnung in einer modernen Gesellschaft bedeutet.

Eingangs wurde diese Untersuchung vorgestellt als der Versuch, ein Interpretationsangebot zur Geschichte der ausländischen Arbeiter in Deutschland zwischen 1939 und 1945 zu entwickeln, in dem die mit der Vorgeschichte, Genese und Planung des Ausländereinsatzes zusammenhängenden Fragen, der Bereich der politischen Entscheidung, die Probleme der Praxis der Arbeits- und Lebensverhältnisse der ausländischen Arbeiter und schließlich das Verhältnis zwischen Deutschen und Ausländern aufeinander bezogen untersucht werden sollten. Im folgenden sollen

nun diese vier Aspekte zusammenfassend behandelt und einige weiterführende Überlegungen angestellt werden.

1. Der Arbeitseinsatz von ausländischen Zivilarbeitern während des Zweiten Weltkrieges war nicht das Ergebnis einer langfristigen Planung, ja nicht einmal Ausdruck der „fundamentalen Lehrsätze der nationalsozialistischen Überzeugung“ (Milward). Vielmehr sprachen die Grundsätze nationalsozialistischer Ideologie ebenso gegen einen Ausländereinsatz solcher Größenordnungen, wie die Angst der Behörden vor sicherheitspolizeilichen Gefahren oder auch die erheblichen Devisenprobleme. Die Erfahrungen aus dem Ersten Weltkrieg sprachen zudem nicht für einen massenhaften Ausländereinsatz, zumal in der Industrie. Denn hier war deutlich geworden, daß qualifizierte Arbeitsleistungen von unfreiwillig nach Deutschland gekommenen ausländischen Arbeitskräften nur mit Hilfe eines umfassenden Repressionssystems zu erreichen waren, wie es gegenüber den Kriegsgefangenen ja bestand. Dementsprechend früh begannen die Vorbereitungen auf den Arbeitseinsatz von Kriegsgefangenen im Reich. Die Entscheidung, auch ausländische Zivilarbeiter in größerem Umfang einzusetzen, war hingegen vielmehr angesichts der immer bedrohlicher werdenden Arbeitskräfteknappheit das Ergebnis einer wirtschaftlichen und politischen Güterabwägung zwischen der Beschäftigung von deutschen Frauen und ausländischen Arbeitskräften.

Das Votum der Führungsspitze für den Ausländereinsatz war dabei beeinflusst vom Arbeitskräftezuwachs bei den ersten Annektionen auf dem Wege zur Europäischen Großraumwirtschaft in Österreich und der Tschechoslowakei. Dadurch hatte sich das Spektrum der durch sukzessive Gebietserweiterungen zu gewinnenden Ressourcen von Rohstoffen und Fabrikanlagen auf Arbeitskräfte erweitert. Jedoch verband sich damit weder eine längerfristige Planung noch die Idee eines „Zwangsarbeitsprogramms“; denn zum einen wurde durch den Formelkompromiß von der „vorübergehenden Notstandsmaßnahme“ jedes mittel- und langfristige Konzept ausdrücklich negiert, zum anderen konnte man in der Regimespitze damit rechnen, daß 1939 polnische Arbeitswillige in großer Zahl angesichts der Kontingentsperre nur darauf warteten, in Deutschland arbeiten zu dürfen. Erst die Leichtigkeit, mit der nach dem Einmarsch in Polen neben den Kriegsgefangenen auch Zivilarbeiter für den Arbeitseinsatz im Reich zu rekrutieren waren, stieß die Verantwortlichen darauf, daß hier die Lücken des deutschen Arbeitsmarktes im großen Stil und binnen kurzem zu stopfen waren. Ausgangspunkte der dann im Herbst 1939 einsetzenden Entwicklung waren zum einen die Traditionen der rechtlichen und sozialen Diskriminierung der polnischen Saisonarbeiter, zum zweiten die Erfahrungen aus dem Ersten Weltkrieg mit dem Einsatz von Zwangsmitteln gegenüber dienstverpflichteten Ausländern und schließlich die seit Beginn der nationalsozialistischen Herrschaft forcierte Militarisierung und Reglementierung der Arbeitsbeziehungen in Deutschland. Daran anknüpfend setzte mit Kriegsanfang ein Prozeß der schrittweisen Verschärfung der Rekrutierungspraxis in Polen wie der Arbeits- und Lebensbedingungen der polnischen Arbeitskräfte in Deutschland ein; ein Prozeß, der binnen weniger Monate zur massenhaften Zwangsarbeit führte.

Die in Teilen der Regimespitze zur gleichen Zeit angestellten Überlegungen, ob die unter „Europäische Großraumwirtschaft“ firmierenden Pläne zu einer vom Deutschen Reich dominierten europäischen Wirtschaftsallianz nicht auch auf Arbeitskräfte im Zuge des „intereuropäischen Arbeitskräfteaustausches“ ausgeweitet und auch für die Zeit nach dem Krieg ins Auge gefaßt werden konnten, haben gegenüber den Arbeitskräften aus dem befreundeten und neutralen Ausland, zum Teil auch aus den besetzten Ländern im Westen, bis 1945 auf die Richtlinien der Ausländerpolitik eingewirkt, gerieten aber immer stärker in den Hintergrund. Denn zum einen wurde der Anteil der Arbeitskräfte aus dem Osten und der Zwangsanwerbungen bei den ausländischen Arbeitern generell immer größer, zum anderen ließen die Repressionen der deutschen Sicherheitsbehörden gegenüber den Ausländern und deren sich verschlechternde Lebensbedingungen in Deutschland den Entwurf einer solchen „Gastarbeiter“-Politik Makulatur werden.

Der Arbeitseinsatz der polnischen Zivilarbeiter und Kriegsgefangenen vorwiegend in der Landwirtschaft war nicht in erster Linie ein Reflex auf hier besonders ausgeprägte arbeitsmarktpolitische Zwänge, denn in der Rüstungsindustrie war die Nachfrage nach Facharbeitern nicht geringer als im Agrarsektor. Der Ausländereinsatz auf dem Lande war vielmehr die Kompensation der von den Nazis zwar beklagten, gleichzeitig durch die Aufrüstungspolitik aber gesteigerten Landflucht deutscher Arbeitskräfte in die besser bezahlenden Rüstungsfabriken; eine Entwicklung, die über den Markt nur durch Preiserhöhungen und gesetzlich nur über weitere Restriktionen gegenüber der deutschen Arbeiterschaft zu stoppen gewesen wäre. Durch das Freizügigkeitsverbot der in der Landwirtschaft eingesetzten polnischen Arbeitskräfte war hier relativ problemlos Abhilfe zu schaffen, solange die politischen Widerstände gegen den Ausländereinsatz durch die Betonung seines kurzfristigen und vorübergehenden Charakters einzudämmen waren. Von daher wird auch die Frage nach den Interessenten der Ausweitung des Ausländereinsatzes beantwortbar - der landwirtschaftliche Einsatz von mehr als einer Million Polen kam 1939 allen entgegen: dem nationalsozialistischen Wirtschaftsmanagement, weil ohne Strukturänderung oder Preiserhöhung die Rüstungspolitik vorangetrieben werden konnte; den landwirtschaftlichen Unternehmern, weil sie billige Arbeitskräfte in großer Zahl aus Polen erhielten, zumal dies an die Traditionen der Beschäftigung polnischer Saisonarbeiter in Ostdeutschland anknüpfte; der deutschen Industrie, weil der Arbeitskräftezufluß vom Lande anhielt und ihr deutsche Männer als Arbeitskräfte lieber waren als deutsche Frauen oder Ausländer; der militärischen Führung, weil die Aushebung von Soldaten dadurch einfacher wurde und schließlich der deutschen Bevölkerung, für die auf solche Weise die Vermeidung einer allgemeinen Dienstpflicht für Frauen und die Sicherstellung des hohen Versorgungsniveaus ohne zusätzliche Belastungen möglich wurden.

Die Entscheidung für die massenhafte Beschäftigung von polnischen Arbeitskräften in Deutschland lag so in der Logik und in der Tradition des deutschen Imperialismus, insofern sind hier deutliche Kontinuitätselemente sichtbar. Was aber die Methoden wie die Größenordnung des Ausländereinsatzes seit Ende 1939 betraf, so begann hier auch ein ganz neues Kapitel - hervorgerufen durch die riesenhaften Rüstungsanstrengungen der nationalsozialistischen Kriegswirtschaft, die

die Dimensionen aller vorherigen Arbeitskräftepolitik sprengten, ebenso wie durch die ideologischen Postulate der Nationalsozialisten, die in der millionenfachen Beschäftigung von „Fremdvölkischen“ einen Verstoß gegen die eigenen Prinzipien erblickten, der durch Terror und besonders schlechte Behandlung der polnischen Arbeitskräfte sowie durch die konsequente Umsetzung rassistischer Grundsätze in die Praxis des Poleneinsatzes ausgeglichen werden sollte.

2. Die Politik der Regimeführung gegenüber den polnischen Arbeitskräften war zunächst vom Widerspruch zwischen den Traditionen der Saisonarbeit vor allem in Ostdeutschland und dem Bemühen um den Bruch mit diesen Traditionen gekennzeichnet: Zur Beruhigung der internationalen Öffentlichkeit und der um formelle „Rechtsstaatlichkeit“ bemühten höheren Beamtenschaft wurde lautstark die Fortsetzung der seit Jahrzehnten bei der Beschäftigung polnischer Saisonarbeiter üblichen Verhältnisse bekundet. Gleichzeitig wurde das auf einem Bündel von Geheimerlassen errichtete Repressionssystem gegenüber den Polen konstituiert. Mit dem Polen-Sonderrecht wurde auch der politische Primat des RSHA in der Ausländerpolitik festgeschrieben, das von nun an bei allen Kompetenzkonkurrenzen innerhalb der Regimeführung sowohl in den straf- und sozialrechtlichen wie in den ideologischen und „rassischen“ Fragen das letzte Wort behielt, zugleich aber ein prinzipieller Gegner des Ausländereinsatzes überhaupt blieb und sich mit dem Argument der ideologischen Identität des Nationalsozialismus Zugeständnisse von den an kriegswirtschaftlicher Effizienz interessierten Stellen nur mit der Zustimmung zur beständigen Forcierung der Repression der Polen als Gegenleistung abkaufen ließ. Bis zum Sommer 1940 war so im „Poleneinsatz“ ein Modell entstanden, das arbeitsmarktpolitische Entlastung brachte, eine von ihren politischen Folgen her gefürchtete stärkere Arbeitsbelastung der deutschen Bevölkerung vermied, dem Postulat der rassistischen Hierarchisierung entsprach und relativ geringe Kosten verursachte - gleichwohl nach wie vor nur als vorübergehende Notlösung akzeptiert wurde.

Durch die massenhafte Beschäftigung französischer Kriegsgefangener seit dem Sommer 1940 geriet der Gedanke der sozialen Entlastung der deutschen Bevölkerung noch stärker in den Vordergrund. Die Beschäftigung vieler Franzosen in der Landwirtschaft und der Industrie ließ darüber hinaus den Eindruck entstehen, daß nunmehr der Arbeitskräftemangel in Deutschland endgültig beseitigt sei. Die für die Vorbereitung von Polen- und Frankreichfeldzug so kennzeichnende Konfrontation der verschiedenen „Fraktionen“ innerhalb der nationalsozialistischen Führungsspitze traten in dieser Phase der Blitzkriegseuphorie zwischen Sommer 1940 und Herbst 1941 nicht auf. Zwar war der „Rußlandfeldzug“ als gigantischer Beutefeldzug geplant, an die Rekrutierung von Arbeitskräften war dabei aber nicht gedacht - zu gewiß war der Sieg, als daß mit der Möglichkeit eines Mangels an Arbeitskräften überhaupt noch argumentiert wurde. Einig waren sich die verschiedenen Führungsgruppen auch in ihrem völligen Desinteresse, was das Schicksal der sowjetischen Bevölkerung anbetraf. Der sich im Massensterben der sowjetischen Kriegsgefangenen ausdrückende Vernichtungswille der nationalsozialistischen Führung konnte so ohne Widerstände vollzogen werden. Erst die militärischen Rückschläge vor Moskau setzten hier Gegenkräfte frei. Ausgehend von Pleiger - als Vertreter der privaten

Bergbauindustrie und staatlicher Wirtschaftsorganisation gleichermaßen - kam ein Prozeß in Gang, der über die Wehrmachtsführung, das RAM und die Wirtschaftsverbände so viele Stellen für einen begrenzten Arbeitseinsatz sowjetischer Arbeitskräfte engagierte, daß Hitler und dann Göring schließlich reagierten.

Je stärker in der Folgezeit das Regime militärisch unter Druck geriet, desto energischer wurden die Bemühungen zu einem qualifizierten Arbeitseinsatz der Sowjets. Verbesserte sich die militärische Lage, rückten augenblicklich wieder die politischen Vorbehalte gegen den „Russeneinsatz“ in den Vordergrund - deutlicher Ausdruck dafür, daß alle Abweichungen von der Linie des Vernichtungskrieges in der Arbeitseinsatzpolitik keinen Verzicht auf Optionen bedeuten, die bei günstigerer militärischer Entwicklung wieder den Primat der Rassenideologie vor kriegswirtschaftlichen Erwägungen vorsahen.

Die Zustimmung der Regimeführung zu einem begrenzten Arbeitseinsatz sowjetischer Zivilarbeiter und Gefangener wurde zudem kompensiert durch ein die Regelung der Polenerlasse an Schärfe noch übertreffendes Repressionssystem und eine Ernährungspolitik, die bald zur völligen Entkräftung der „Ostarbeiter“ führen mußte und einen effektiven Arbeitseinsatz zunächst kaum möglich machte. Der schließlich hier gefundene Kompromiß wurde auch institutioneil abgesichert: Mit der Einsetzung Sauckels als GBA unter bzw. neben Speer entstand ein kompliziert austariertes Mächtensystem, das die Stärke der zahlreichen, beim Ausländereinsatz beteiligten Interessengruppen berücksichtigte. Dabei standen zwei Blöcke einander deutlich gegenüber: Speer als Vertreter der an Effektivität orientierten großindustriellen Gruppen und des technokratischen Managements in Wirtschaft und Verwaltung - und das Ausländerreferat im RSHA als Sachwalter der vorrangig an ideologischer Identität und Perspektive des Nationalsozialismus interessierten Führungskreise in der Partei und im Sicherheitsapparat. Sauckel war hier als politische Vermittlungsstelle ohne relevante Entscheidungskompetenzen zwischen beiden eingebaut worden, eine Aufgabe, die er mit dem Pathos des Alten Kämpfers erfüllte und dadurch auch die mittleren Führungsgruppen von Staat und Wehrmacht, vor allem aber der Partei auf Gauleiterebene in die Organisation des Ausländereinsatzes integrierte. Die politischen Entscheidungen fielen aber von nun an im Ausländer-Arbeitskreis beim RSHA als ausländerpolitischer Clearing-Stelle und in der Zentralen Planung, die die produktions- und arbeitsmarktpolitischen Richtlinien entwarf

In dem Maße, in dem es in der Folgezeit zu weiteren militärischen Rückschlägen kam, wurde auch der Arbeitseinsatz der sowjetischen Arbeitskräfte wie der Ausländer überhaupt meist auf Initiative betrieblicher oder lokaler Stellen in kleinen Schritten effektiviert, jeweils begleitet von ebenso sukzessiv erlassenen Verschärfungen der Behandlungsvorschriften, um die durch die Lockerung beim Arbeitseinsatz entstandenen Zugeständnisse auszugleichen. Zu einer expliziten Anpassung der politischen Direktiven der Regimeführung an die gewandelte militärische Lage kam es 1942 nicht mehr; erst nach Stalingrad entstand durch die Europa-Initiative Goebbels' hier der Versuch, eine politische Kehrtwendung zu vollziehen. Anknüpfend an ältere Europa-Vorstellungen innerhalb des Regimes sollte unter der Parole „Europa gegen den Bolschwismus“ eine Art europäischer Solidarität gegen den nun zum alleinigen Hauptfeind erklärten „sowjetischen Bolschewismus“ entfacht wer-

den; beim Ostarbeitereinsatz im Reich sollten der Abbau der Repressionen und Verbesserungen bei der Behandlung zu Leistungssteigerungen führen; die politische Betonung des Kampfes gegen den Bolschewismus statt gegen „Rußland“ sollte die Loyalitätsbereitschaft unter den Ostarbeitern steigern. Goebbels' Initiative wurde von Seiten des RSHA strikt abgeblockt, insbesondere behielt die Sicherheitspolizei alle Kompetenzen in der Strafverfolgung. Goebbels' Vorstoß schaffte aber Raum für betriebliche Initiativen zur Intensivierung des Ausländereinsatzes, wobei mit der Parole vom Totalen Krieg neben der Propagierung des Kriegssozialismus auch der Primat der kriegswirtschaftlichen vor ideologischen Zielen gegenüber den Arbeitskräften aus dem Osten durchgesetzt werden sollte: erst der Sieg, dann die Verwirklichung des Nationalsozialismus.

Die Positionen der verschiedenen Fraktionen in der NS-Führung versteiften sich in der Folgezeit und wurden immer weniger vereinbar: Initiativen zur „Liberalisierung“ der Vorschriften, vor allem zur Annäherung des Statuts von Ost- und Westarbeitern einerseits, Kontinuität der nach rasseideologischen Maximen ausgerichteten Repressionspolitik andererseits. Bei den endlosen Verhandlungen bis Kriegsende um jede Einzelbestimmung setzten sich in den Fragen des qualifizierten Einsatzes und einzelnen Behandlungsvorschriften zwar mit fortdauerndem militärischen Verfall immer mehr die Protagonisten der „Liberalisierung“ durch. In allen ideologisch brisanten Punkten blieben die RSHA-Vertreter jedoch hart - selbst um den Preis kriegswirtschaftlicher Einbußen nicht bereit, Abstriche an den rassistischen Grundlagen der nationalsozialistischen Weltanschauung zu machen.

In dem Maße, in dem die militärischen Ereignisse aber zu immer neuen Zugeständnissen zwangen, verloren die Verhandlungen auf höchster Ebene ebenso wie die laufend produzierten Erlasse fortschreitend an Realitätsbezug, während der Ausländereinsatz in der Praxis längst eine eigengesetzliche Dynamik gewonnen hatte. Die Initiative ging mehr und mehr an die regionalen, lokalen und betrieblichen Regimevertreter über - ein Prozeß, der sich dann in der eskalierenden Gewalttätigkeit der letzten Kriegsphase entlud, als sowjetische Arbeitskräfte unabhängig von jedem Bezug zu Arbeitsleistung, kriegswirtschaftlicher Effizienz oder „sicherheitspolizeilichen“ Argumenten getötet wurden, weil sie durch ihre bloße Existenz eine Bedrohung von Ordnung, Sauberkeit und Deutschtum selbst während des Untergangs des Regimes darzustellen schienen und für die mittleren und unteren Chargen der Diktatur eine letzte Möglichkeit zur Demonstration ihrer Treue und ihres Fanatismus in schwerer Zeit boten.

Insgesamt war die Ausländerpolitik des Regimes während des Krieges aus den Perspektiven der Machthaber ein Erfolg: Der Einsatz der Ausländer - seit 1943 in zunehmendem Maße auch der der Ostarbeiter - war wirtschaftlich effektiv, auch wenn die Beschäftigung der Ausländer insgesamt teurer war als die deutscher Arbeiter. Aber zum einen waren die eben nicht zu haben, und zum anderen lagen die Arbeitsleistungen deutscher Frauen im Schnitt noch niedriger als die der Ostarbeiterinnen; ganz abgesehen davon, daß ihre massenhafte Beschäftigung in den Fabriken als politisch gefährlich angesehen wurde und zudem die karitative Infrastruktur des Krieges gefährdet hätte.

Politisch war der Ausländereinsatz insofern erfolgreich, als durch die Installation eines funktionierenden Systems der nach rassistischen Kriterien gestaffelten nationalen Hierarchie, in dem die Deutschen oben, in einzelnen Abstufungen die Ausländer von den Franzosen bis hinab zu den Russen unten standen, hier ein Stück nationalsozialistischer Nachkriegsperspektive sichtbar wurde, ein Vorgeschmack auf ein deutsch dominiertes, rassistisch strukturiertes Europa nach einem deutschen Sieg.

Vom Ergebnis her betrachtet wirkt das aber glatter, als es von den Protagonisten empfunden werden konnte; war die Ausländerpolitik im Krieg doch das Resultat ständiger Auseinandersetzungen und wackeliger Kompromisse zwischen kriegswirtschaftlichen Sachzwängen, die zu mehr Effektivität, höherer Arbeitsleistung, besserer Verpflegung usw. drängten, und rassistischen Grundsätzen des Nationalsozialismus, die auf weniger Effektivitätsdenken und stärkere Berücksichtigung „rassischer“ und politischer Maximen hinwirkten.

Die politischen Mächtegruppierungen, die diesen beiden Positionen zuzuordnen waren, waren zwar nicht immer konstant, bestimmten aber die Auseinandersetzungen innerhalb der Regimeführung während des gesamten Krieges. Die wichtigen Entscheidungen fielen dabei vornehmlich in den Gremien der Referenten. Die Ausländerpolitik des Nationalsozialismus zeigt, wie einflußreich die politische Position von in der Öffentlichkeit damals ganz unbekanntem Leuten wie Baatz, Timm, Kehrl, Stothfang oder auch Ohlendorf gewesen ist; keine apolitischen Technokraten, sondern explizit nationalsozialistische Manager, keine opportunistischen Befehlsempfänger, sondern durchsetzungsstarke Machtpolitiker der jüngeren Generation, die die Widersprüche zwischen Ideologie und wirtschaftlichem Pragmatismus bei der Ausländerpolitik erkannten und sie durch flexible Kompromisse zu umgehen versuchten. Die Reibungsverluste innerhalb der Administration sind insgesamt zwar erheblich gewesen, aber auch wieder nicht so bedeutend, daß davon wesentliche Einbußen ausgegangen wären. Da es keine Öffentlichkeit als Korrektur gibt, fallen die regimeinternen Konkurrenzen in Diktaturen besonders heftig aus - aber das Erstaunen über die Kompetenzkonkurrenzen in der Führung des Dritten Reiches rührt vor allem daher, daß sie in so eklatantem Widerspruch stehen zur Phraseologie des Regimes vom „einheitlichen Willen“. Im Vergleich zu demokratischen Regierungsapparaten scheinen die polykratischen und konkurrenzbezogenen Elemente in der nationalsozialistischen Administration bei der Ausländerpolitik nicht auffallend groß gewesen zu sein.

Hitler selbst griff mehrfach in die politische Entscheidungsfindung in dieser Frage ein: zuerst bei der Festlegung der Todesstrafe für Geschlechtsverkehr von Polen mit deutschen Frauen im Herbst 1939; dann bei der Anordnung verschärfter Repressionen gegen Polen im Sommer 1940; im Oktober 1941 befahl er den Arbeitsinsatz sowjetischer Arbeitskräfte; im April 1942 ordnete er gegenüber Speer Zugeständnisse gegenüber den Ostarbeitern an: Verbesserungen bei der Ernährung, kein Stacheldraht - von seinen alten Befehlen wußte er nichts mehr; im selben Jahr forderte er den Einsatz von mehr Russen statt Italienern und gab mit seiner Bemerkung von der notwendigen Revision des „schulmäßigen Wissens“ über die Völkerwanderung ideologischen Ballast, der einer Intensivierung des Ostarbeitereinsatzes

entgegenstand, zum Abwurf frei; nach Stalingrad stimmte er Goebbels' Initiative zur „einheitlichen Behandlung“ der Ausländerfragen zu; Anfang 1944 „entschied“ er die Speer-Sauckel-Kontroverse, indem er beiden Recht gab; er plädierte für harte Methoden bei der Anwerbung im Osten und stimmte schließlich im Frühjahr 1944 der Überführung der Italienischen Militärinternierten ins Zivilarbeiterverhältnis zu. Initiativen, politische Kehrtwendungen, neue Weichenstellungen sind von Hitler bei der Frage des Ausländereinsatzes nicht ausgegangen. Seine Entscheidungen wurden vielmehr von den einzelnen Mächtegruppen in der Führungsspitze aus taktischen Erwägungen eingeholt, um damit in den Auseinandersetzungen mit den regimeinternen Konkurrenten Vorteile zu erzielen, ohne daß Hitler jeweils immer über den Kontext der Konflikte und die alternativen Konzepte aufgeklärt worden zu sein scheint. Die Widersprüchlichkeit, die in seinen Entscheidungen über die Jahre festzustellen ist, ist aber nicht als Zeichen politischer Schwäche zu werten. Sie zeugt eher von einem Gespür für wechselnde Machtkonstellationen und Veränderungen der Kräfteverhältnisse, das ihn in erstaunlicher, oft geradezu opportunistischer ideologischer Flexibilität kurzfristig auf neue Situationen reagieren ließ, ohne daß dahinter ein langfristiger programmatischer Entwurf erkennbar wäre.

3. Für die Situation der polnischen Landarbeiter in der ersten Kriegsphase ist der langsame Wandel von der Tradition der Saisonarbeit zur Zwangsarbeit kennzeichnend - ein Prozeß, der durch die straf- und sozialrechtlichen Sonderbestimmungen der Behörden für polnische Arbeiter ebenso wie durch die Radikalisierung der Anwerbemethoden im Generalgouvernement beschleunigt wurde. Es bleibt aber unklar, inwieweit und wie schnell sich die hier dekretierten repressiven Bestimmungen über die Behandlung der Polen in der Praxis des Arbeitseinsatzes auf dem Lande auch durchgesetzt haben. Den Klagen der SD-Stellen ist zu entnehmen, daß dies in den Gegenden, wo schon von jeher polnische Landarbeiter beschäftigt waren, langsamer vor sich ging, als in Regionen, wo solche Traditionen nicht bestanden. Die politische und persönliche Herabsetzung der Polen wurde nach dem Frankreichfeldzug systematisiert. Die strikte Differenzierung zwischen Franzosen, Polen und Arbeitern aus „befreundeten“ Ländern muß zwar die tatsächliche Lage der polnischen Arbeitskräfte nicht unbedingt verschlechtert haben, sie machte die Diskriminierung aber explizit - nicht nur was die sozialen Verhältnisse betraf, sondern auch durch die exemplarischen und brutalen Strafen, vor allem bei den sogenannten „GV“-Verbrechen, die im Schnittpunkt der rassepolitischen Bestrebungen des NS-Regimes lagen.

Die französischen Kriegsgefangenen und Zivilarbeiter hingegen unterlagen sehr viel weniger strengen Bestimmungen. Sie wohnten in besseren Lagern und erhielten bessere Verpflegung und Bezahlung. Die Berichte über die hohen Arbeitsleistungen und die stetigen Klagen über die zu engen Kontakte der deutschen Bevölkerung mit den Franzosen weisen daraufhin, daß die Situation vieler ziviler französischer Arbeitskräfte sich in den ersten Kriegsjahren von derjenigen deutscher Arbeiter, die in Arbeiterheimen wohnten, nicht erheblich unterschieden hat.

Mit der Entscheidung für den Einsatz sowjetischer Arbeitskräfte Ende 1941 entstand eine völlig neue Situation im Ausländereinsatz, vor allem in den Fabriken und

in den Industriestädten. Obwohl die „Ostarbeiter“ größtenteils in gesundheitlich gutem Zustand in Deutschland ankamen, lebten die meisten von ihnen schon nach wenigen Wochen ebenso unterhalb des Existenzminimums wie die sowjetischen Kriegsgefangenen, die die Aushungerung in den Kriegsgefangenenlagern der Wehrmacht im Osten überstanden hatten. Hungersnot, Seuchen, hohe Todesraten und eine erbarmungslose Unterdrückung kennzeichneten ihr Dasein nach der Ankunft in Deutschland. Erst im Herbst 1942 kam es zu leichten Verbesserungen in der Ernährungslage, vor allem, weil viele Betriebe dazu übergegangen waren, den Ostarbeitern zusätzliche Lebensmittel zu besorgen. Stärker noch als bei anderen Ausländergruppen war für die einzelnen Arbeitskräfte aus der Sowjetunion ausschlaggebend, in welchem Lager, in welcher Fabrik, an welchem Arbeitsplatz sie lebten und arbeiteten, so daß die Lebens- und Arbeitsverhältnisse für die einzelnen sehr unterschiedlich waren. Entscheidend für das weitere Schicksal vieler von ihnen wurde, ob und wie sie angelehrt wurden. Zwar waren die sozialrechtlichen Diskriminierungen der Ostarbeiter noch tiefgreifender als die der Polen, durch die Steigerung ihrer Arbeitsqualifikation konnte es aber gelingen, zumindest das Existenzminimum zu erreichen.

Die Verhältnisse in den einzelnen Betrieben und Branchen unterschieden sich dabei beträchtlich voneinander. In Betrieben mit hohem Facharbeiteranteil, wie Krupp in Essen, entstand ein im Laufe des Krieges zunehmender Widerspruch zwischen den differenzierten und repressiven Reglementierungen und der voranschreitenden Integration der Ausländer in den Produktionsablauf, standen rabiate Unterdrückung und brutale Strafen neben Verbesserungen bei den Arbeits- und Lebensbedingungen der Ostarbeiter. Im Vergleich dazu war der Arbeitseinsatz der ausländischen, besonders der sowjetischen Arbeiter im Bergbau ungleich härter, brutaler und lebensbedrohender; qualifizierende Anlernmaßnahmen waren hier seltener, Arbeitsleistung und Produktivität dementsprechend geringer, Mißhandlungen häufiger, und die Zahl der Todesfälle vor allem der sowjetischen Kriegsgefangenen im Bergbau war erschreckend hoch. Hier setzte sich die Linie des Vernichtungskriegs weiter fort, als in anderen Branchen schon auf Leistungserhöhung und Verbesserung der Arbeits- und Lebensbedingungen umgeschaltet worden war.

Im Jahre 1942 waren die Lebensverhältnisse der verschiedenen Ausländergruppen in Deutschland unterschiedlicher denn je. Die Situation der Arbeiter aus dem westlichen und dem „befreundeten“ Ausland unterschied sich dabei von derjenigen deutscher Arbeiter nicht so sehr durch die materiellen Bedingungen, sondern durch den in zunehmendem Maße deutlicher werdenden Zwangscharakter ihres Aufenthalts im Reich, durch die alltäglichen Diskriminierungen und die Bedrohung durch ein scharfes Strafsystem.

Die Lage der Arbeiter aus dem Osten und seit Sommer 1943 auch der Italiener hingegen war gekennzeichnet durch schlechte Ernährung, Bezahlung, Unterbringung und Kleidung, oft überlange Arbeitszeiten, mangelnde ärztliche Versorgung, Übervorteilung durch deutsche Vorgesetzte, Diffamierungen und Mißhandlungen sowie durch hohe Todesraten. Zwar gab es auch hier bedeutende regionale und betriebliche Unterschiede, insgesamt kamen die Lebensbedingungen vor allem der

Ostarbeiter zu dieser Zeit dem Diktum des Nürnberger Tribunals von der „Sklavendarbeit“ aber sehr nahe.

Seit 1943 aber wurden die massierten Luftangriffe der Alliierten auf deutsche Städte zur größten Bedrohung für die nur unzureichend geschützten ausländischen Arbeiter. Gleichzeitig wurden aber auch die nach Stalingrad erheblich gesteigerten Bemühungen der Betriebe und Behörden um eine nachhaltige Erhöhung der Arbeitsleistungen vor allem der Ostarbeiter konterkariert, die ja auch Verbesserungen in den Lebens- und Arbeitsbedingungen umfassen sollten. Es entstand vielerorts die paradoxe Situation, daß die Arbeitsleistungen der sowjetischen Arbeitskräfte stiegen, obwohl ihre Lebensverhältnisse immer schlechter wurden. Hierfür waren verschiedene Faktoren ausschlaggebend: die Ausweitung der Leistungsernährung und die weitgehende Durchsetzung des Akkordsystems sind hier ebenso zu nennen wie der stetige Ausbau des innerbetrieblichen Kontroll- und Strafsystems. Hinzu kommen aber auch psychologische Elemente: die Behauptung des Selbstwertgefühls und der persönlichen Identität durch „gute Arbeit“; Resignation und ein Sichdreffinden angesichts des nicht absehbaren Endes des Krieges; die Hoffnung, in Ruhe gelassen zu werden, wenn man nur seine Arbeit machte, schließlich auch politische Aspekte - Loyalität oder Sympathie zu den Deutschen, mit denen man zusammenarbeitete; bei sowjetischen Arbeitskräften häufiger auch die Angst vor der Rache der Roten Armee wegen des Verdachts der Kollaboration oder auch das Fehlen einer persönlichen Perspektive für die Zeit nach dem Dritten Reich. Die hohe Zahl der nicht Repatriierungswilligen in der Zeit nach dem Kriege gerade unter den Arbeitern aus dem Osten läßt rückblickend solche Aspekte noch betonen.

In diesem Zusammenhang spielt auch der bei den Arbeitskräften aus Polen und der Sowjetunion besonders hohe Anteil von Frauen - über 50 % - eine Rolle. Gerade die im Durchschnitt sehr jungen Ostarbeiterinnen waren bei den industriellen Unternehmen seit 1943 begehrte Arbeitskräfte, weil ihre Arbeitsleistungen auffallend gut, ihre Löhne besonders niedrig waren und für sie die Schutzbestimmungen der deutschen Sozialgesetze für Frauen nicht galten. Im Gegensatz zu ihren männlichen Kollegen galten sie aber auch als besonders leicht lenkbar. Angst vor Widerständigkeit hatten die deutschen Behörden bei ihnen nicht - die Ostarbeiterinnen unterlagen so als Frauen und als Arbeitskräfte aus der Sowjetunion einer doppelten Unterdrückung, der sie nichts entgegensetzen hatten außer ihre Arbeitsleistung.

Die Bedrohung durch Zwangsabtreibung und Sterilisation setzte sie zusätzlichem, massivem Druck aus. Gerade die Kinder der Ostarbeiterinnen waren Gegenstand rassistischer Planungen der SS-Führung, die in den Ausländerkinderlagern der zweiten Kriegshälfte und in dem kaum aufgeklärten Tod von vielen hundert Ostarbeiter-Kindern in der letzten Kriegsphase ihre schreckliche Konsequenz fanden.

Hier wie bei der Vernichtung kranker oder behinderter Ausländer aus dem Osten in deutschen Krankenanstalten wurde offenbar, daß der Primat der Arbeitsleistung keinen Verzicht des Regimes auf seine rassistischen Grundsätze bedeutete. Dies wurde auch für all jene ausländischen Arbeitskräfte deutlich, die aus irgendeinem Grund die Aufmerksamkeit des Sicherheitsapparats auf sich gezogen hatten. Die Verhältnisse in vielen Arbeitserziehungslagern unterschieden sich von denen in

Konzentrationslagern offenbar nur wenig, die Zahl der in solchen Lagern oder in Polizeigewahrsam umgebrachten Fremdarbeiter ist nicht einmal grob abschätzbar.

Elemente widerständigen Verhaltens der ausländischen Arbeiter äußerten sich bis 1943 vornehmlich in „Arbeitsvertragsbrüchen“ und Arbeitsverweigerung, meist individuelle und spontane Reaktionen auf unerträgliche Lebensverhältnisse. In dem Maße, in dem aber die Differenz zwischen dem Anspruch der nationalsozialistischen Behörden auf totale Reglementierung und Kontrolle des Lebens der Ausländer und der sich einer vollständigen Überwachung notwendig entziehenden Praxis des Einsatzes von Millionen ausländischer Arbeitskräfte immer größer wurde, entwickelte sich vor allem in den Ausländerlagern eine informelle Substruktur unter den Fremdarbeitern und Kriegsgefangenen. Als Abbild der Organisation des nationalsozialistischen Arbeitseinsatzes beruhte auch diese Substruktur auf Ausbeutung, nationaler und sozialer Hierarchie und Gewalt, bedeutete aber gleichwohl für viele die einzige Möglichkeit, sich zumindest vorübergehend zusätzliche Lebensmittel, andere Kleidung oder auch eine Unterkunft in einem anderen Lager zu verschaffen. Der hier entstandene Komplex von Tauschgeschäften, Schwarzhandel und Kleinkriminalität, Arbeitsbummelei und Flucht war gerade die Konsequenz des Totalitätsanspruchs der nationalsozialistischen Behörden, denn hier zeigte sich, daß eine Gesellschaft, die ausschließlich auf Reglementierung und nicht auf der kollektiven Internalisierung eines sozialen und politischen Konsensus beruht, sich die Gegenwart zur Reglementierung selbst produziert. Den hohen Zahlen von unter „Arbeitsbummelei“ zusammengefaßten Delikten und vor allem der stark zunehmenden Fluchten als der wichtigsten Form der Widerständigkeit der Ausländer setzten die Behörden immer schärfere Strafandrohungen - vor allem den Ausbau der Arbeits-erziehungslager - entgegen. Es gelang ihnen auch, die Fälle von Arbeitsbummelei auf individuelle Formen des Arbeitsentzuges zu beschränken. Der Spielraum für gemeinsames oppositionelles Handeln der ausländischen Arbeiter blieb äußerst begrenzt, Fälle von Sabotage waren selten. Die sich ausbreitende Substruktur des Ausländereinsatzes konnten die Behörden jedoch nicht mehr in den Griff bekommen, zumal die sinkenden Siegeschancen Deutschlands die oppositionelle Stimmung unter den Ausländern beflügelten und die Bombenangriffe der Alliierten das Durcheinander in Lagern und Betrieben noch vergrößerten. In diesen Zusammenhang sind auch die in den letzten Kriegsmonaten entstandenen „Banden“ sowjetischer Arbeiter einzuordnen, die durch den Zusammenbruch der nationalsozialistischen Arbeitseinsatzorganisation obdachlos geworden waren und für die Plünderungen und Diebstähle die oft einzige Möglichkeit des Überlebens darstellten.

Kann man Flucht und Arbeitsbummelei als der politischen und sozialen Lage der Fremdarbeiter im Reich entsprechende Formen der Widerständigkeit bezeichnen, die relativ geringe Risiken für die einzelnen mit vergleichsweise hoher Effektivität verbanden, so waren die Bedingungen für organisierten politischen Widerstand der Ausländer ungleich schwieriger. Daß seit 1943 und verstärkt seit dem Frühjahr 1944 vor allem bei den Arbeitskräften aus der Sowjetunion organisierte Widerstandstätigkeit dennoch in vergleichsweise so großem Umfang festgestellt wurde, ist bemerkenswert, auch wenn es den deutschen Behörden meist schon früh gelang, solche Gruppen zu zerschlagen. Dabei stellte sich heraus, daß regional und lokal

begrenzte Gruppen mit beschränktem Aktionsradius länger unentdeckt bleiben konnten als zentralistisch organisierte Kadergruppen wie die „BSW“. Der bei der deutschen Bevölkerung und den Behörden erwartete Aufstandsversuch der Ausländer am „Tage X“ war hingegen mehr eine Projektion der Ängste der Deutschen als eine realistische Chance; dazu waren die Ausländer untereinander zu zersplittert und der Terror- und Spitzelapparat der Nazis zu ausgebaut. Die Bedingungen des Arbeitseinsatzes für Ausländer verwiesen im Kontext der ausgebreiteten Substruktur eher auf individuelle Aktionen, und auch die Anweisungen der Alliierten gingen in diese Richtung.

Insgesamt aber stellte der politische Widerstand der Fremdarbeiter und Kriegsgefangenen in der letzten Kriegsphase ein Element ständiger Bedrohung und Verunsicherung des NS-Regimes dar - ein wichtiger und wesentlicher Teil des antifaschistischen Widerstands im Deutschland der letzten Kriegsjahre, dessen politische wie moralische Qualität einer entsprechenden Würdigung in der Historiographie noch bedarf.

4. Der nationalsozialistische Ausländereinsatz unterschied sich von anderen rassepolitischen Projekten solcher Größenordnung dadurch, daß dem Verhalten der deutschen Bevölkerung über die gesamte Kriegszeit hinweg dabei eine ganz erhebliche Bedeutung zukam.

Der millionenfache Mord an den Juden geschah ja unter höchster Geheimhaltung, die Verbrechen an der Bevölkerung der besetzten Ostgebiete geschahen weit ab von Deutschland irgendwo „im Osten“. Im Gegensatz dazu wurden die ausländischen Arbeitskräfte gerade nicht ausgesondert und weggebracht, sondern nach Deutschland mitten in den Alltag der deutschen Bevölkerung hinein deportiert, ins eigene Wohnviertel, an die eigene Werkbank; und die Haltung der Deutschen entschied darüber, ob der Ausländereinsatz im Sinne der Regimeführung gelang.

Bis zum Sommer 1940 wurde in den meisten Regionen des Reichs vom Einsatz der Polen nur wenig bemerkt. Es scheint dem Regime aber gelungen zu sein, die auf ein striktes Herr-und-Knecht-Verhältnis abzielenden Reglementierungen der Polen auch gegenüber der deutschen Bevölkerung nach und nach durchzusetzen. Dort aber, wo schon vor dem Kriege polnische Landarbeiter beschäftigt gewesen waren, blieben die Klagen der Behörden über zu enge Beziehungen zwischen Deutschen und Polen, vor allem bei dem nationale Unterschiede abschleifenden Arbeitsalltag auf dem Lande, noch länger bestehen. Wesentlich war aber, daß es ernsthafte Proteste gegen die Zementierung der Ungleichheit in den Polenerlassen, der Rechtsgrundlage für den Status des Herrenmenschen, weder innerhalb der Verwaltung noch in der Öffentlichkeit gegeben hatte.

Dieser Prozeß wurde seit dem Masseneinsatz von Franzosen noch beschleunigt. Zwar waren die französischen Arbeiter bei der deutschen Bevölkerung oft geradezu beliebt und die zu engen Kontakte zwischen Deutschen und Franzosen waren beständiger Anlaß zur Sorge bei den Behörden. Gleichzeitig entstand aber hier auch die Grundlage für eine vertikale Arbeitsteilung zwischen Deutschen und den verschiedenen Gruppen von Ausländern. Da die niederen, schmutzigen und schlechterbezahlten Arbeiten zunehmend von Fremdarbeitern übernommen wurden, ver-

änderte sich tendenziell die Sozialstruktur in der deutschen Arbeiterschaft: diese Entwicklung ist bis Kriegsende immer stärker zu beobachten.

Hinzu kam ein neues Phänomen: Gerade in der Phase der Blitzkriegseuphorie kamen die Initiativen zur Schlechterstellung der Ausländer häufig von unten. In der praktischen Erfahrbarkeit der eigenen Vorrechte und Besserstellung ihnen gegenüber wurden die deutschen Siege auch für den einzelnen Deutschen manifest und spürbar - und die nach dem Sieg über Frankreich stark anschwellende Zustimmung der deutschen Bevölkerung zum Regime hatte auch eine stärkere Akzeptanz der nationalsozialistischen Ausländerpolitik zur Folge. Allerdings entstanden hier Differenzen zwischen dem aus rassistischen und politischen Motiven gemischten offiziellen Rassismus und der Vorurteilsstruktur in der deutschen Bevölkerung, vor allem, was die Italiener betraf. Als im Sommer 1943 nach dem Sturz Mussolinis die Italiener auch offiziell auf die untersten Rangstufen der Ausländerhierarchie abrutschten, bekamen sie die lang aufgestaute Feindseligkeit der deutschen Bevölkerung mit ganzer Wucht zu spüren.

Mit dem Beginn des „Russeneinsatzes“ stand die Haltung der deutschen Bevölkerung zur Bewährungsprobe an. Zwar wußten auch die Behörden, daß ein rassistisch motivierter Russenhaß und die Ablehnung des „Bolschewismus“ in der Bevölkerung weiter verbreitet waren als die Zustimmung zum Nationalsozialismus, nach wie vor waren aber die Ängste vor einer Solidarisierung der deutschen mit den sowjetischen Arbeitern groß. Hierin sind - neben den „volkstumpolitischen“ und „sicherheitspolizeilichen“ Bedenken - die Gründe für das anfängliche Verbot des Einzeleinsatzes sowjetischer Arbeitskräfte zu sehen. Generell kann man dabei feststellen, daß durch die ständig ausgeweitete Organisation sowohl des Arbeitseinsatzes selbst wie des Kontroll- und Repressionsapparates die Zahl der darin integrierten und aktiv beteiligten Deutschen kontinuierlich größer wurde; sei es in der Lagerverwaltung, beim Werkschutz oder beim Ausländer-Bespitzelungssystem der Partei. Nicht nur durch Korruption und Übervorteilung der Ausländer in den Lagern, sondern schon allein durch den massenhaften Aufstieg vieler Deutscher in Vorgesetztenfunktionen gegenüber den ihnen untergebenen Ausländern hat diese Einbeziehung in die nationalsozialistische Arbeitseinsatzorganisation entsolidarisierend gewirkt.

Innerhalb des Produktionsablaufs in den Betrieben waren die Verhältnisse zwischen Deutschen und Ausländern hingegen komplizierter und vornehmlich durch die vom Produktionsprozeß unmittelbar vorgegebenen Strukturen gekennzeichnet. In den meisten Betrieben wurden die deutschen Arbeiter seit der Welle der verstärkten Einziehung zum Militär im Frühjahr 1942 durch die neuankommenden Ausländer ersetzt und dadurch in ihrer uk-Stellung bedroht: Hier entwickelten sich auch Potentiale für gemeinsame Interessen zwischen Deutschen und Ausländern. Darüber hinaus war die Beziehung der deutschen zu den ausländischen Arbeitern stark von deren fachlicher Qualifikation und Arbeitsleistung bestimmt. Demgegenüber zeigt das Beispiel des Bergbaus, daß auch die deutsche Arbeiterschaft nicht dagegen immun war, sich an Mißhandlungen vor allem der sowjetischen Arbeiter zu beteiligen, wenn auch hierfür in der Mehrzahl der Fälle Vorarbeiter, Meister und Werkschutzleute verantwortlich waren.

Nach Stalingrad und dem Beginn der Großangriffe der alliierten Bomberflotten kamen hier neue Aspekte hinzu. Bei Teilen der Bevölkerung führten die hohen Arbeitsleistungen und überhaupt der Kontakt mit den sowjetischen Arbeitskräften zu Aufweichungen des „Rußlandbildes“, ohne daß dies aber wesentliche Auswirkungen auf die politische Haltung der Bevölkerung gehabt zu haben scheint. Daneben aber radikalisierte sich das Verhalten vieler Deutscher seit den Bombenangriffen. Wut und Erbitterung über die Auswirkungen des Luftkrieges wie generell über die drohende Niederlage fanden in den Ausländern oft genug Objekte der Entladung; solche „Vergeltung“ aufunterster Ebene ist häufig berichtet.

Dennoch scheinen diese beiden Aspekte eher am Rande gestanden zu haben. Aus dem Mosaik der Einzelfälle ergibt sich insgesamt eher ein Bild, in dem die meisten Deutschen am Schicksal der Ausländer wenig Interesse zeigten, sich weder an Mißhandlungen beteiligten noch mit den Ausländern sympathisierten: Man hatte genug mit sich selbst zu tun. Das Elend der anderen verlor seine Exklusivität, je elender das eigene Leben wurde; die Sorge um das eigene Überleben ließ nicht mehr viel Platz, das Masseneleid der Fremdarbeiter mehr als nur zur Kenntnis zu nehmen. Die Ausländer waren einfach da und gehörten zum Kriegsalltag wie Lebensmittelmarken oder Luftschutzbunker. Die Diskriminierung der Russen und Polen wurde dabei ebenso als gegeben hingenommen wie die Kolonnen halbverhungerten Menschen, die täglich durch die Straßen der Städte in die Fabriken marschierten. Auch die eigene bevorrechtigte Stellung ihnen gegenüber war nichts Exzeptionelles, nichts, worüber man sich Gedanken machte.

Eben das aber machte das Funktionieren des nationalsozialistischen Ausländer-einsatzes aus: daß die Praktizierung des Rassismus zur täglichen Gewohnheit, zum Alltag wurde, ohne daß sich der einzelne daran in Form aktiver Diskriminierung oder Unterdrückung beteiligen mußte. Bei allen notwendigen Differenzierungen und der sehr unterschiedlichen Situation in der Landwirtschaft und der Industrie sowie in den einzelnen Betrieben verweist die Haltung der deutschen Bevölkerung zu den ausländischen Arbeitern während des Krieges auf eine Einstellung, die nationale und „rassische“ Ungleichheit stillschweigend voraussetzte und die die Instrumentalisierung des einzelnen als aktiven Faktor rassistischer Innenpolitik gar nicht mehr als Besonderes wahrnahm.